

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 09/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 08.10.2024**
- **Kurzinfo zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz für die OKJA**
- **INFLUENCE DEMOCRACY – Demokratie im digitalen Raum**
- **Workshop zu den Ergebnissen der Münchner Online-Jugendbefragung 2024**
- **Erinnerung: Bewerbungsbeginn Rampenlichter 2025**
- **Aktion Winterfilmkoffer 2024/25**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 08.10.2024

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – AUSWAHL DER BETRIEBSTRÄGERSCHAFT für ein Familien- und Beratungszentrum mit Ersatzbetreuung in der Kindertagespflege Neufreimann (ehemalige Bayernkaserne) 12. Stadtbezirk Schwabing-Freimann Neufreimann (ehemalige Bayernkaserne)

Ohne Aufruf einstimmig beschlossen

Sitzung Gesundheitsausschuss gemeinsam mit Bildungsausschuss, Sozialausschuss und Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – MODELL PRÄVENTIONSKETTE – Umsetzung in München

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) unterstrich, wie bedeutsam die Präventionskette ist und welch breiten Raum in der Befassung sie im Stadtrat eingenommen hatte. Dieser Mechanismus sei für alle (neuen) Quartiere nötig. Die Präventionskette bildet alle verfügbaren sozialen Angebote im Stadtteil ab – im neuen Stadtteil Freiam sei diese Kette sogar bereits vor dem Einzug der ersten Mieter*innen etabliert gewesen und war arbeitsfähig. Er regte an, die Erfahrungen aus Freiam in künftige Prozesse der Stadtentwicklung aufzunehmen. Dazu benötigt es neben finanziellen Möglichkeiten auch Menschen, die sich im Stadtteil auskennen und die Informationen zusammentragen. Er befürwortete eine Ausweitung des Modells auf andere Stadtteile.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) schloss sich den Ausführungen an und verwies auf die Vernetzungsmöglichkeiten mit benachbarten Stadtteilen. Im Falle von Freiam sei dies mit der Vernetzung mit den Angeboten in Aubing gelungen. Einen Beschluss über die Fortführung des Modells Präventionskette für den neuen Stadtteil Neufreimann bereits jetzt zu fällen, lehnte sie ab, da noch kein Planungsverfahren eingeleitet wurde.

StRin Nicola Holtmann (ÖDP/München-Liste) plädierte ebenfalls dafür, die gewonnenen Erfahrungen in Neufreimann zu übernehmen. Einen entsprechenden Beschluss wollte ihre Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt jedoch auch nicht mittragen.

StRin Nimet Gökmenoğlu (Die Grünen/Rosa Liste) erinnerte daran, dass man sich bei der Entwicklung der Präventionskette für Freiam bereits sehr früh um Zuschüsse der Techniker Krankenkasse bemüht hatte. Wenn es bei dem Vorhaben um Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche geht, sollte dieses Verfahren jetzt wiederholt werden und die Finanzierung frühzeitig sichergestellt werden.

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) sieht die Präventionskette ebenfalls als ausgesprochen erfolgreiches Modell. Dabei erwähnte sie u.a. die sogenannte Info-Post für neue Bewohner*innen des Viertels und die Sozialraumerkundungen. Mit beiden sehr niederschweligen Maßnahmen könne eine sehr schnelle Orientierung im Viertel gelingen.

Dieser Einschätzung schloss sich auch StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) an. Die Präventionskette sei ein geeignetes Instrument, um Armut bei Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Einen Beschluss zu Neufreimann lehnte ihre Fraktion ebenfalls ab.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) folgte ebenfalls der Argumentation und erwähnte, dass die Präventionskette Freiam eine Blaupause für die Quartiersentwicklung in ganz Deutschland sein können.

Abstimmung: Herausnahme von Punkt II – Beschluss zur Finanzierung der Präventionskette für Neufreimann wird aus der Vorlage entfernt: in allen Ausschüssen einstimmig angenommen
Abstimmung Gesamtantrag: in allen Ausschüssen einstimmig angenommen

Sitzung Bildungsausschuss gemeinsam mit Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGSBETREUUNG für Kinder im Grundschulalter – Maßnahmen zum rechtsanspruchskonformen Ausbau der Ganztagsbildung in München, Teil 3

StRin Lena Odell (SPD/Volt) bekräftigte, dass die Landeshauptstadt mit dem Ausbau der kooperativen Ganztagsbildung (KoGa) den richtigen Weg beschreitet. Dabei seien jedoch die noch offenen Fragen – zum Beispiel die Ferienbetreuung oder der Mangel an Fachkräften – Herausforderungen. Sie zeigte sich auch davon überzeugt, dass das neue Online-Portal wirksam sei und begrüßte die Vorhaben für die Förderschulen. Ihre Fraktion möchte an ihren Antrag festhalten, wonach das Sozialreferat und das Referat für Bildung und Sport gebeten werden, zeitnah ein Hearing mit den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Münchner Sportvereinen, den Anbieter*innen von Ferienprogrammen und den maßgeblichen Akteur*innen im Ganztagsbereich zu organisieren. Beim Hearing sollen auch die Heilpädagogischen Tagesstätten berücksichtigt werden.

StR Jens Luther (CSU/Freie Wähler) stimmte dem zu und wollte wissen, wie sich die Kosten der IT-Stelle verteilen werden. Im Übrigen lobte er die beteiligten Referate für die Vorlage.

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) wies eindrücklich darauf hin, dass mit den Ganztagsangeboten massiv in die Lebenswirklichkeit von Kindern eingegriffen werde. Aus dem Rechtsanspruch der Eltern auf einen Ganztagsplatz leitete sie einen Anspruch der Kinder ab, wonach deren Kinderrechte besonders in den Blick genommen werden müssen. Sie argumentierte, dass der KoGa etwa 50 Prozent der rechtsanspruchskonformen Betreuungsplätze abdecken werde. Darüber hinaus seien die Mittagsbetreuung, der offene und der gebundene Ganztags und andere Formen, die in ihrer inhaltlichen und strukturellen Qualität einander angepasst werden müssen, passende Angebote, wenn die Ziele Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen seien. Die Qualität der Angebote, in Bezug auf Inklusion, Partizipation, Aufwachsen im Sozialraum und hochwertigen Ferienangeboten, müssten bei allen Angebotsformen gewährleistet sein. Bislang haben Eltern und Kinder jedoch kaum qualitative Wahlmöglichkeiten zwischen den Formen. Als freie Träger sei man sich nicht sicher, ob diese Qualitätsdebatte in ausreichendem Umfang geführt werde. Bislang würden Entwicklungen oft von einzelnen handelnden Personen abhängen. Sie plädierte dafür, dass verlässliche Strukturen innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft des Ganztags eingerichtet werden müssen, in der RBS, Sozialreferat und freie Trägerlandschaft kooperieren. Für das Hearing wünscht sich der

Münchner Trichter die Vorstellung des Konzepts des Sozialräumlichen Ganztags aus dem Münchner Umland. Gleichzeitig lehnte sie es ab, dass Ferienangebote wieder unter schulischer Aufsicht stehen sollen. Für den Bereich der Förderschulen/Förderzentren solle gelten, dass für diese Schulformen gelebte Inklusion in der Ganztagsbetreuung umgesetzt wird. Schließlich forderte sie, dass die Entwicklungsgruppe mit mehr Macht- und Entscheidungskompetenzen ausgestattet wird.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer als Federführung der freien Wohlfahrtspflege) bedankte sich beim RBS für die Vorlage, die zeige, welche Herausforderungen auf die Landeshauptstadt zukommen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Sie zeigte sich erfreut, dass in der Vorlage der Einbezug von Eltern und Kindern aufgeführt sei. Ebenso wichtig sei, dass die freie Seite gut eingebunden werde, da gebe es aktuell noch Luft nach oben. Unverständlich ist für sie, dass sich der Freistaat für den Bereich der Ferienbetreuung nicht zuständig fühle. An das RBS richtete sie die Frage, warum eine zweite Online-Plattform zur Darstellung der Ganztagsangebote eingerichtet werden soll und wodurch sich diese von der bereits bestehenden unterscheiden würde. Positiv bewertet sie die Ausweitung der „help&learn plus“-Angebote. Hier werden künftig auch die freien Träger einbezogen, wodurch eine individuelle Förderung von allen Kindern in der KoGa möglich sei. Da der Rechtsanspruch vornehmlich über den weiteren Ausbau der KoGa umgesetzt werden soll, sei es wichtig, die organisatorischen und finanziellen Probleme des KoGa jetzt schnell zu beheben, da sich ansonsten auch weiterhin kaum neue freie Träger zur Einrichtungsübernahme finden werden. Ihr sei es dabei wichtig, dass in der zuständigen Fach-Arge die Vertretungen der freien Wohlfahrtspflege als solche benannt werden und als Trägervertretungen wahrgenommen werden. Sie hält es für wichtig, die Arbeit der Entwicklungsgruppe in die regulären Strukturen einzubinden und schlägt deswegen vor das Gremium entweder als UAG der Fach-Arge KoGa zu etablieren oder eine neue Fach-Arge aufzusetzen. Damit wäre auch eine Anbindung an die beiden zuständigen Referate gewährleistet.

Judith Greil (KJR) stimmte ebenso zu, dass der Ganztag in München nur in Kooperation und auf Augenhöhe aller Beteiligten erfolgreich sein werde. Die im Sozialgesetzbuch verbrieften Prinzipien wie Partizipation, Freiwilligkeit sowie Wunsch- und Wahlrecht von Kindern und Eltern dürften im Kontext Ganztag nicht ins Hintertreffen geraten. In der Vorlage vermisste sie deutliche Aussagen zu Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Eltern bei der Weiterentwicklung der Angebote. Es dürfe zudem zu keinem Verdrängungswettbewerb zwischen ggf. kostenfreien Ferienangeboten über den Ganztag und denen der freien Träger insbesondere denen der Jugendverbände kommen. Die Jugendverbände und andere Träger hätten sonst nur Alibifunktion. Die Durchführung eines Hearings begrüßte sie ausdrücklich und bat darum die erarbeiteten Positionen aus der Fach-Arge Jugendarbeit und das Papier zur „Offenen Arbeit mit Kindern“ vom Bündnis Wir sind die Zukunft einfließen zu lassen. Offen blieb für sie auch die Frage, warum eine zweite Online-Plattform zur Angebotsdarstellung eingerichtet werden soll – sie befürchtete Parallelstrukturen – zudem drücke sich in diesem Plan ein Vorgehen der Stadt aus, bereits Fakten zu schaffen, ohne, dass alle Beteiligten involviert gewesen seien. In der Entwicklungsgruppe sah auch sie erhebliches Potenzial zur fachlichen Weiterentwicklung des Themas – zu klären wäre hier die grundsätzliche Weiterarbeit.

Auch Kerstin Günter (Behindertenbeirat) bekräftigte, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz auch die Frage der Inklusion einschließe. Es müssten deshalb Strukturen und

Angebote geschaffen werden, die Optionen für Inklusion im Ganzttag eröffneten – man solle dabei jedoch immer zunächst das Kind und nicht einen Menschen mit Behinderung wahrnehmen.

Hans Radspieler (Münchner Sportjugend) gab zu bedenken, dass in den etwa 600 Münchner Sportvereinen derzeit große Verunsicherung herrsche, inwieweit die Vereine im Ganzttag künftig einen Platz finden, ohne, dass die Verbandsstruktur dabei verlorengehe. Er sehe aber durchaus Perspektiven in dieser Entwicklung und man werde in der Entwicklungsgruppe mitwirken.

Florian Kraus (Stadtschulrat) bedankte sich für die zahlreichen Impulse und Anregungen der freien Träger. Er könne die Sorgen der Sportvereine und anderer Träger verstehen – gab aber auch zu bedenken, dass die Veränderungen bereits stattfinden und Sportvereine ihren Platz finden können. Zur Frage der Einflussmöglichkeiten der Schule auf Angebote freier Träger an Schulen merkte er an, dass es sich dabei vor allem um ein rechtliches Problem handle – im Übrigen die Angebote aber durch die Träger verantwortet werden. Erfreut zeigte er sich darüber, dass der Freistaat seine Haltung aufgegeben habe, nur 50 Prozent der Bundesmittel an die Kommunen weiterzugeben. Diese werden nun zu 100 Prozent weitergereicht – kostenfreie Angebote werde es dennoch nicht geben. Die große Herausforderung sah er darin, dass die Qualitätsstandards der verschiedenen Angebotsformen im Ganzttag abgeglichen werden sollen.

Peter Scheifele (Stadtdirektor, RBS) bedankte sich ebenfalls für den Input der freien Träger, den sie gern in ihren weiteren Überlegungen einbeziehen werden. Auch er sprach sich für enge Kooperationen auf allen Ebenen aus. München werde seiner Verantwortung im Bildungs- und Ganztagsbereich gerecht werden und die Angebote weiter ausbauen. Das schließe auch die Entwicklung von Beteiligungsformen und die Angleichung von Qualitätsstandards ein.

Abstimmung Änderungsantrag: Beibehaltung des Antrags von SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste nach Einberufung eines Hearings: in allen Ausschüssen einstimmig angenommen
Abstimmung Gesamtantrag: in allen Ausschüssen einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit dem Sozialausschuss

TOP 1 – EMPOWERMENT UND SICHTBARKEIT von Lesben, trans*, inter*, non-binären und queeren Menschen – Bericht über die Umsetzung

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) erläuterte seine beiden Anträge und begründete diese damit, dass die beiden künftigen Preise/Ehrungen vor allem verdienten Einzelpersonlichkeiten zugutekommen sollten, die die Sichtbarkeit von Lesben* bzw. trans*, inter*, queer* und non-binären* Personen verbessern sollten. Bislang würden bei derartigen Würdigungen entweder schwule Männer zu stark repräsentiert oder aber etablierte Organisationen, die ohnehin durch die Stadt gefördert würden. Er begründete seinen Vorstoß damit, dass die Community sehr stark von Einzelpersonen geprägt und gestaltet würde.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) widersprach dem Vorstoß und argumentierte, dass ein solcher dotierte Preis nicht dazu geeignet sei, die oft prekären Lebensumstände der Betroffenen zu verbessern. Die jetzige Regelung sei zielführender.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) verstand zwar das Anliegen von StR Thomas Lechner, wollte aber auch am bisherigen Entwurf festhalten

Abstimmung Änderungsantrag: Anträge von Die Linke/Die Partei in allen Ausschüssen mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung Gesamtantrag: in allen Ausschüssen einstimmig angenommen

TOP 3 – STEUERUNGSBERICHT des Sozialreferats

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich beim Referat und wies darauf hin, dass sie dessen Arbeit vor allem im Hinblick auf die Zahl unbesetzter Stellen zu würdigen wisse. Dennoch schienen ihr 19 bis 20 Monate Bearbeitungszeit für einen Antrag auf Wohnungsgeld als zu lang. Für die Betroffenen sei dies nicht nachvollziehbar. Gleichwohl erkannte sie an, dass es eine relativ geringe Quote positiver Bescheide gebe. Sie wollte zudem wissen, welche Auswirkungen die für den 01.01.2025 geplante Dynamisierung des Wohnungsgeldes für das Referat bedeuten würde.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) kündigte an, noch in diesem Jahr eine Beschlussvorlage einzubringen, die eine Zwischenbilanz beim Wohnungsgeld und dem angekündigten Bürokratieabbau durch den Bund aufzeigen werde. Im Übrigen werde die Dynamisierung nur Folgen für die IT haben, die die Beträge anpassen müssten.

Nur Bekanntgabe

Zusammengestellt von Marko Junghänel

Die Kurzinfo aus dem KJHA wird ermöglicht durch eine finanzielle Kooperation von Kreisjugendring München-Stadt, Münchner Trichter, Fachforum Freizeitstätten und der ARGE Freie

KURZINFO ZUM KINDER- UND JUGENDSTÄRKUNGSGESETZ FÜR DIE OKJA

Erweiterung des Beratungsanspruchs durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Der Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen wurde durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) gestärkt. Mit dem Ziel, dass mehr Prävention vor Ort stattfindet und junge Menschen stärker beteiligt werden, wurde der Beratungsanspruch in § 8 Abs.3 SGB VIII losgelöst von einer Konflikt- oder Notsituation. So ist eine Beratung, auch ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten, nun nicht mehr an diese Vorbedingungen geknüpft.

Ergänzt wurde zudem in § 8 Abs. 4 SGB VIII, dass die Beratung in einer „verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form“ stattfinden soll. Kinder und Jugendliche haben somit einen Anspruch darauf, eine altersgerechte, individualisierte und an ihren Bedürfnissen orientierte Beratungsunterstützung zu erhalten.

Explizite Berücksichtigung der Lebenslagen von queeren Kindern und Jugendlichen

In der Neufassung des § 9 SGB VIII wird die bisherige binäre Geschlechterperspektive um transidente, nichtbinäre und intergeschlechtliche junge Menschen erweitert. Somit sind bei der Ausgestaltung der Angebote neben den unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen nun explizit auch die von queeren Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Neben der rechtlichen Anerkennung der genannten Zielgruppen wird dabei der inklusive Charakter der Jugendhilfe gestärkt und präzisiert. Beratungsangebote der OKJA müssen demnach so ausgestaltet sein, dass sie die notwendige Sensibilität und Kompetenz im Hinblick auf eine vielfältige und diverse Zielgruppe gewährleisten.

Bedeutung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Für die OKJA bedeutet die Weiterentwicklung des SGB VIII im Hinblick auf den Beratungsanspruch und die gleichzeitige Berücksichtigung der Lebenslagen aller jungen Menschen eine Bestätigung der bisherigen Praxis. Denn der inklusive Charakter des SGB VIII ist für die OKJA kein Neuland, sondern längst Grundlage des professionellen Handelns.

Die Strukturprinzipien der OKJA ermöglichen jungen Menschen mit ihren unterschiedlichsten Problemlagen eine niedrighschwellige und alltagsnahe Möglichkeit der Beratungsanbahnung. Somit können Probleme frühzeitig und wirksam aufgegriffen werden.

Gleichwohl ist gelingende informelle und formelle Beratung eine herausfordernde Aufgabe für die Fachkräfte, die eine professionelle Beziehungsarbeit sowie adäquate Beratungsstrukturen und -kompetenzen voraussetzt.

Damit ist es unabdingbar, dass die OKJA mit den notwendigen personellen Ressourcen ausgestattet ist, um die Beratungsansprüche der jungen Menschen passgenau bedienen zu können und den Veränderungen durch das KJSG weiterhin gerecht zu werden.

Literaturempfehlung: Das KJSG – Besserer Kinderschutz, mehr Partizipation und Teilhabe für ALLE, Paritätischer Wohlfahrtsverband Bayern e.V., Walhalla Fachverlag, Regensburg 2023

Christian Dünstl, Fachforum Freizeitstätten

INFLUENCE DEMOCRACY – DEMOKRATIE IM DIGITALEN RAUM

Wie kann das Netz demokratischer werden? Welche Skills werden dafür benötigt? Und wie kann Demokratie im Netz aktiv geschützt und gestärkt werden? All diese Fragen werden beim Social-Media-Kongress INFLUENCE DEMOCRACY des KJR München-Stadt im COKREA (im Stemmerhof, Plinganserstraße 6) diskutiert.

Am Freitag, den 25. Oktober 2024, 18:00 – 22:00 Uhr, erörtern Expert*innen in Rahmen einer Podiumsdiskussion, wie demokratische Werte im digitalen Raum verteidigt werden können. Mit dabei sind u.a. Holger Marcks, Sozialwissenschaftler und Co Leiter der Forschungsstelle „Gegen Hass im Netz“, Sava Hansmann, Artist Managerin für Tik Tok Creator*innen, Valerie Scholz, Co Founderin von „Facts for friends“. In einem anschließenden Open Space gibt es die Möglichkeit, sich zu vernetzen und Organisationen, Projekte und Engagierte kennenzulernen.

Am Samstag, den 26. Oktober 2024, 09:00 – 18:00 Uhr, werden bei Workshops Fähigkeiten zur Erkennung von Desinformation und zur Verteidigung der Meinungsfreiheit vermittelt. Bob Blume, der Netzlehrer, gibt Einblicke in das Social Media Management und zeigt, wie die digitale Welt aktiv und demokratisch gestaltet werden kann.

Die Veranstaltung richtet sich an Einsteiger*innen, Fortgeschrittene, junge Menschen, Pädagog*innen und Fachleute aus der Praxis, die sich für eine starke und demokratische digitale Zukunft engagieren möchten. Sie wird aus dem "Demokratiebudget" des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales durch den Bayerischen Jugendring gefördert.

Für Verpflegung während der Veranstaltung ist gesorgt. Die Teilnahme ist kostenfrei, Tickets müssen online gebucht werden: [Tickets buchen](#)

MÜNCHNER ONLINE-JUGENDBEFragung 2024

Die Ergebnisse der diesjährigen Jugendbefragung sind da! Dazu gibt es für 16- bis 24-Jährige am Dienstag, 12. November, 17:30 Uhr einen Workshop im FatCat. Hier haben junge Menschen die Gelegenheit, zu diskutieren und gemeinsam zu überlegen, wie die Ergebnisse und Anliegen umgesetzt werden können, bevor es dann im nächsten Jahr mit konkreten Vorschlägen in den Stadtrat geht. Es soll unter anderem Thematische zu Mobilität, Wohnen, Diskriminierung und Mitbestimmung geben. Das FatCat befindet sich in der Kellerstraße 8a, direkt an der S-Bahn-Station am Rosenheimer Platz. Für Verpflegung ist gesorgt.

Für die Anmeldung oder bei Fragen und Anregungen können sich die jungen Menschen an muenchner-jugendbefragung.soz@muenchen.de wenden.

ERINNERUNG: BEWERBUNGSBEGINN RAMPENLICHTER 2025

Am 1. November startet der Bewerbungszeitraum für das bereits in Juli Newsletter angekündigte Tanz- und Theaterfestival „Rampenlichter“. Es findet vom 11.07. – 24.07.2025 statt. Man kann sich zwischen 01.11.24 und 11.01.25 online bewerben auf www.rampenlichter.com. Hier gibt es auch weitere Infos. Am 22.11.24 findet um 15 Uhr ein Infozoom statt. Der Link wird nach Anmeldung zugeschickt.

NEU! AKTION WINTERFILMKOFFER 2024/25

Der Winterfilmkoffer 2024/25 der Landesmediendienste bietet eine große Auswahl an Spiel- und Kurzfilmen sowie Sachdokumentationen und garantiert beste Unterhaltung – unabhängig von den Wetterbedingungen. Der Winterfilmkoffer beinhaltet zehn Filme (selbst zusammenstellen oder Überraschungskoffer wählen) und steht für vier Wochen ab dem Versanddatum zur Verfügung. Filmkarteninhaber*innen nutzen den Koffer kostenfrei, während Interessierte

ohne Filmkarte den Koffer für 20 Euro erwerben können. Die Aktion startet am 21. Oktober 2024 und endet am 30. April 2025. Bestellungen und weitere Infos: [Winterfilmkoffer 2024/25](#)

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Design-Thinking-Workshop für Fachkräfte zur Studie „Das bewegt uns“**
Wer: JFF Medienpädagogik in Forschung und Praxis
Wann: Oktober bis Dezember 2024 (flexible Terminvereinbarung)
Wo: Vor Ort, nach Bedarf der Gruppe
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Grundkurs Holzwerken – kleine Werkangebote mit Kindern durchführen**
Wer: Spiellandschaft Stadt e. V.
Wann: 15.11.2024, 09:30 – 17:30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Interdisziplinäre Tagung 2024: MAKING MEDIEN! CODING PÄDAGOGIK?**
Wer: JFF Medienpädagogik in Forschung und Praxis in Kooperation mit BJR
Wann: 29.11.2024, 09:30 bis 16:00 Uhr
Wo: Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM), Heinrich-Lübke-Str. 27
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Siebdruck in der pädagogischen Praxis**
Wer: Spiellandschaft Stadt e. V., KJR Augsburg-Land
Wann: 30.11.2024, 09:30 – 17:30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 12.11.2024

- Bericht vom KJHA vom 05.11.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.